

AMNESTY INTERNATIONAL - ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG

6. Juli 2018

Index: MDE 13/8756/2018

Iran: Verwirklicht das Recht auf Trinkwasser! Freilassung der friedlichen Demonstranten in Khuzistan gefordert!

Die iranischen Behörden sollten eine unparteiische und sorgfältige Untersuchung der Berichte veranlassen, nach denen die Sicherheitskräfte unnötige Gewalt ausgeübt hätten, die sich gegen im Ganzen friedliche Demonstranten kürzlich in Khuzistan richtete. Die Menschen hatten lediglich sauberes und trinkbares Wasser gefordert, das teilte Amnesty International heute mit. Die inhaftierten Demonstranten müssten vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt werden. Verhaftete, die lediglich friedlich von ihrem Versammlungsrecht Gebrauch gemacht hätten, müssten freigelassen werden.

Ferner sollten die iranischen Behörden zusichern, dass in ganz Iran den Menschen genügend trinkbares Wasser zur Verfügung steht und Wasser im sanitären Bereich, zur Wäsche, zur Zubereitung von Speisen und zur allgemeinen Hygiene. Menschen die solches fordern und friedlich protestieren, dürfen auf keinen Fall kriminalisiert werden.

Proteste wegen Wassermangel und Wasserqualität

Vom 29. Juni bis 1. Juli haben Tausende in Khorramshahr, Abadan und anderen Städten in Khuzistan auf den Straßen gegen schmutziges und versalzenes Trinkwasser protestiert. Die Verschmutzungen begannen, als es in der Region mehr als 50 Grad heiß wurde. In der Provinz Khuzistan lebt vorwiegend die Minderheit der iranischen Ahwaz-Araber.

Nach Berichten der staatlichen Medien gab es am 29. Juni einen 20-stündigen Wasserausfall im Bezirk Ramhormouz. Die Bevölkerung war gezwungen, unsauberes Wasser zu trinken. Danach bekamen etwa 350 Menschen eine Darminfektion. An diesem Tag kam zu den ersten öffentlichen Protesten, zumal im Bezirk Hoveyzeh wegen einer gebrochenen Wasserleitung ebenfalls das Wasser versiegte. Die Leitung versorgte die Menschen in Abadan und Khorramshahr. Die Behörden teilten dann lediglich mit, die Reparatur der Leitung könne 10 bis 15 Tage dauern. Die örtlichen Zeitungen berichteten, dass der Härtegrad des Wassers die zulässige Grenze um das sechsfache überträfe, dieses Wasser sei nicht trinkbar.

Am 20. Juni hatte das Parlamentsmitglied Gholamreza Sharafi verlautbart, das Wasser in Abadan sei nicht zum Waschen oder zur persönlichen Hygiene zu gebrauchen. Es sei so salzig, dass es, ins Gesicht gebracht, Augenbrennen verursache.

Anwendung von unnötiger und exzessiver Gewalt

Am 29. Juni liefen Demonstranten in Khorramshahr zu dem Ort des Freitagsgebetes. Sie trugen leere Kanister und riefen arabische und persische Slogans wie „Khorramshahr fehlt Wasser“. Sie ließen ihren Ärger ab, indem sie den Behörden und dem Gouverneur zuriefen „Man hat uns im Namen der Religion ausgeplündert“ und „Wir brauchen keinen unfähigen Gouverneur“.

Am folgenden Tag hielten die Proteste an. Man hörte Demonstranten Slogans gegen die Regierenden rufen, die über die aktuellen Missstände der Wassernot hinausgingen und auch den Religiösen Führer kritisierten. Wie auf Videos und anderen Ausstrahlungen zu sehen (lagen auch AI vor), wendeten die Sicherheitskräfte Tränengas an, um die Demonstranten zu zerstreuen. Die meisten der Demonstranten blieben auch dann noch friedlich und stellten sich schützend vor allem vor Frauen und Kinder. Nur ganz wenige warfen Steine gegen die Polizei. Einige Gegenstände auf der Straße brannten. Ein Mann trug eine Art Kalaschnikow, er war in Zivil und möglicherweise ein Geheimdienstler oder auch ein Demonstrant?

Die Demonstrationen weiteten sich am 30. Juni und 1. Juli aus und griffen auf andere Städte über (u.a. Ahwaz und Abadan). Die Menschen solidarisierten sich in Demonstrationen mit den anderen Protestlern und forderten ebenfalls genügend trinkbares Wasser.

AMNESTY INTERNATIONAL

Am 30. Juni hörte man bei einer Demonstration in Khorramshahr einen Schuss. Auf Fragen bei einer Pressekonferenz gab der Innenminister Abdolreza Rahmani Fazli am kommenden Tag zu, dass tatsächlich geschossen wurde. Ein schussverletzter Demonstrant sei ins Krankenhaus gebracht worden. Er gab aber nicht an, wer oder welche Personen geschossen hätten. Er gab bekannt, dass bei den Auseinandersetzungen 10 Personen der Sicherheitskräfte verletzt worden seien.

Iranische Medien außerhalb des Iran gaben bekannt, dass die Zahl der verletzten Demonstranten höher sei als von den Behörden zugegeben. Eine Person soll sogar getötet worden sein, was vom Innenminister allerdings verneint wurde.

Wenn die Sicherheitskräfte oder die Polizei die Notwendigkeit zum Einsatz von Waffen sehen, müssen sie streng unterscheiden, ob Personen gewalttätig oder friedfertig sind. Einzelne Gewalttäter dürfen nicht dazu dienen, die gesamte Protestlerschar als gewalttätig einzustufen. Was für Waffen gilt, gilt auch für den Einsatz von Tränengas. Nur bei einem bestimmten Ausmaß der Gewalt dürfen Mittel der Gegengewalt angewandt werden.

Nach dem internationalen Gesetz dürfen Sicherheitskräfte nur dann Waffen einsetzen, wenn sie sich selbst verteidigen müssen oder sich in einer höchst bedrohlichen Lage befinden mit möglichen Todesfällen oder schweren Verletzungen. Die Anwendung von Waffen ist nicht gerechtfertigt um lediglich eine Menschenmenge zu zerstreuen.

AI fordert von den iranischen Behörden eine unabhängige Untersuchung und wirksame Aufklärung wegen der Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte am 30. Juni in Khorramshahr und die Feststellung der Verantwortlichen bei diesen Zusammenstößen.

Inhaftierungen

Nach der *Neuen Justiz Agentur* haben die Behörden 35 Personen ausgemacht, die „die Unruhen anstachelten und die (berechtigten) Beschwerden instrumentalisierten“. In Khorramshahr und Abadan wurden insgesamt 10 Personen inhaftiert. Einer der Inhaftierten sei ein Netzjournalist, der „terroristische und separatistische Taten schüre“.

Nach einer unabhängigen Menschenrechtsorganisation wurden dutzende Menschen in den Städten inhaftiert. In Ahwaz seien sieben Personen wieder freigelassen worden. AI ist besorgt, dass die Inhaftierten Folter oder Misshandlung ausgesetzt sein könnten, solche Arten von Menschenrechtsverletzungen seien in solchen Einrichtungen durchaus üblich.

AI wendet sich an die iranischen Behörden, damit alle Gefangenen vor Folter und Misshandlung geschützt werden. Die Personen, die nur wegen der friedlichen Ausübung ihres Rechts auf Versammlung inhaftiert seien, müssten (sofort) freigelassen werden.

Irans Krise des Wassers

Der Iran hat seit Jahren ernsthafte Wasserprobleme. Den Menschen dort ist häufig ihr Recht auf Zugang zu reinem Wasser verwehrt. Erkannt von Umweltexperten scheint das größte Problem das überproportionale Wachstum der Bevölkerung zu sein (1960 – 20 Millionen Einwohner, 2016 – fast 80 Millionen), dann eine ineffektive Landwirtschaft, der Abfluss des häuslichen Brauchwassers, der Landwirtschaft und der Industrie in die Wasservorräte (Grundwasser etc.), der erhöhte Verbrauch von Grundwasser und die Misswirtschaft der Behörden. Das alles und die häufigen Dürren mit Abnahme des Grundwasserspiegels hat die Situation verschärft. Das sieht man an der Austrocknung der Flüsse und Seen, der Abnahme des Grundwassers, an den häufigen Sandstürmen, der Versteppung und an der Abnahme der Qualität des Trinkwassers.

Besonders Khuzistan ist von der Wasserkrise betroffen. Trotz seiner großen Ölvorkommen besteht dort seit Jahren große Armut, Umweltverschmutzung, Wasserknappheit und zunehmende Versalzung der Wasserservois. Das beruht, nach Aussage engagierter Kämpfer für Minderheitenrechte, auf Vernachlässigung und Benachteiligung durch die Behörden seit längerem. Kritiker weisen darauf hin, dass die Behörden es versäumten, genügend Geldmittel zu Verfügung zu stellen, um die nötige Versorgung der Bevölkerung mit Wasser sicherzustellen. So gab es in den letzten Jahren immer wieder Proteste in der Provinz, wo es um die notwendige Versorgung mit Trinkwasser ging.

AMNESTY INTERNATIONAL

Das Recht auf Wasser – Internationale Standards

Sauberes Wasser ist entscheidend wichtig für das Leben und die Gesundheit, formuliert in internationalen Menschenrechtsgesetzen, die Zugang zu sauberem Wasser als ein Recht hoher Priorität darstellen. Der Iran ist Unterzeichnerstaat der Konvention für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Deshalb besteht eine Verpflichtung für den Iran, dass die Bevölkerung dort Zugang Wasser hat, denn „Das Menschenrecht auf Wasser ist unerlässlich zur Führung eines Lebens in Würde. Dieses Recht ist eine Voraussetzung zur Verwirklichung der übrigen Menschenrechte... und es enthält das Recht von jedermann auf genügend Wasser zu erschwinglichen Preisen und guter Qualität für den persönlichen und häuslichen Gebrauch.“

Die iranischen Behörden müssen dieses Recht auf Wasser sicherstellen. Der Weg zu sauberem Wasser muss umweltverträglich sein und die zukünftigen Generationen berücksichtigen. „Das Recht auf Wasser beinhaltet drei Verpflichtungen, nämlich die Respektierung dieses Rechtes, seinen Schutz und seine Ausführung... Die Staaten müssen die Wasserversorgung für jetzt und die kommenden Generationen verwirklichen...“ „Wasser gehört allen ohne Diskriminierung, besonders müssen die Staaten auf die Interessen von Frauen, Kindern und Minderheiten achten... und vor allem auf die Erhaltung der Umwelt.“

In dem Bericht 2013 stellte der Sonderberichterstatter für das Recht auf Wasser fest, dass Menschenrechtsstandards im Hinblick auf Wasser und sanitäre Einrichtungen von den Staaten eingehalten werden müssen. (Er gibt noch weitere Vorschläge, die im englischen Original nachgelesen werden können!).

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)